

wohnt genau gegenüber. Minna habe mal einen Backstein in die Ofenröhre gesteckt, damit die Bude voll qualmte, und dann den Opa eingeschlossen: Den Kaffee habe sie ihm in einer alten Konservendose gereicht. „Der Bauer war halb verhungert“, sagt Schubach. „Dann hat die Minna noch, bevor sie an Krebs starb, das ganze Vieh verkauft.“

Als sie tot war, sorgte Flüchtlingsfamilie Reinsch für Opa. Er genas langsam. Im Juli 1949 sollte er in das Meudelfitzer Altersheim. Da sagte Paul: „Kommt nicht in Frage. Opa bleibt hier.“ Außer Paul und Otilie ist niemand mehr da, der für ihn sorgen könnte. Sein Pflegesohn war vor Jahren verunglückt. Und ein weitläufiger Maler-Verwandter hatte nur geschäftliches Interesse an dem Kammrath-Hof.



... übereignet der Beteiligten zu 1 dem Beteiligten zu 2
Zu 1: Opa Kammrath

oder im Kreistag sitzen“, meint er bekümmert. Wenns nach ihm ginge, gäbe es den Begriff „Flüchtlinge“ nicht mehr. Nur noch Einheimische. Jede Gemeinde müßte sich verpflichten, eine Siedlerstelle komplett mit 20 bis 60 Morgen für Flüchtlinge einzurichten. Das Geld käme schon nach zwei Jahren wieder rein, denn der Flüchtling sei kein Bedürftiger mehr, sondern Steuerzahler geworden. „Womit sich die Gemeindekasse wieder füllt und wir mit dem Geld neue Siedlerstellen errichten können.“

Es gibt in Schmarsau eine Reihe Bauern, die bereitwilligst ihren Geldbeutel für Flüchtlings-Siedlerstellen öffnen würden, meint Fritz Schubach. Aber alles scheiterte an der finanziellen Belastung.

Mit 5000 bis 6000 Mark kam Fritz Schubachs Gemeindeetat früher aus. Heute



Zu 2: Paul Reinsch (und Otilie)

Opa vergalt seinen Untermietern die jahrelange Pflege. Er schleppte Paul, „seinen Sohn“, vor den Notar. Der notierte: „... übereignet der Beteiligte zu 1 (Opa) dem Beteiligten zu 2 (Paul) diesen Grundbesitz mit allem Inventar mit sofortiger Wirkung.“

„Der Beteiligte zu 2 übernimmt gegenüber dem Beteiligten zu 1 die Verpflichtung, den Beteiligten zu 1 bis an sein Lebensende in natura zu unterhalten, also insbesondere zu beköstigen, zu pflegen, zu bekleiden und auch nach seinem Ableben auf seine, des Annehmers, Kosten zu beerdigen und ihm einen angemessenen Leichenstein zu setzen.“

Die Nachbarn, Einheimische wie Flüchtlinge, kamen zur Gratulation. Es gab Kuchen. „Von Neid war keine Spur“, bekennet Otilie Reinsch. „So etwas gibt es hier bei uns im Dorf nicht“, ergänzt Bürgermeister Fritz Schubach. Er hat selbst 14 Flüchtlinge im Haus. Mit seinen 200 Einheimischen und seinen 200 Wollhynien-Deutschen, die nach 1945 von Amts wegen zugeteilt wurden, hat er keinen Kummer.

„Wenn ich nur so könnte, wie ich wollte. Aber dazu mußte man Respektperson sein

müssen seine Dorfgenossen 14 000 bis 16 000 Mark aufbringen. „Die Gemeindesteuer hat sich um 100 Prozent erhöht.“ Dazu kämen Vermögenssteuer, Versicherungen, Landgrabengeld, Bezahlung von drei Lehrern — früher hatte Schmarsau nur einen, der zum Teil noch staatsbesoldet amtierte, mit den Flüchtlingen mußten zwei weitere angestellt werden — Gehalt des Gemeindedirektors mit 700 DM (Fritz Schubach: „Ist auch von Amts wegen erhöht worden.“).

Porto, Telefon und Miete-Spesen für den Gemeindedirektor mit monatlich 350 DM und Gehalt für zwei Gemeindebeamte mit je 300 DM. „So können wir natürlich auf keinen grünen Zweig kommen. Diese Belastungen müssen erst einmal reduziert werden.“

Ueber die Papier-Theorie ist freilich auch Fritz Schubach noch nicht hinausgekommen. Denn er ist keine Respektperson und sitzt nicht im Kreistag. Er ist Bauer und Dorfbürgermeister, dem man höchstens eine bestimmte Art von Schläue zutraut: Bauernschläue.

Ich bin nicht bestochen

Nur aus Kriminalromanen

Der Pferdewagen ist schon bereitgestellt, die Fahnenstange fest zugesagt. Vor dem nächsten Bürgertreffen am Montag, 21. November, wird das gelbe Forumsbanner mit der Aufschrift: „Forum tagt in der ‚Wartburg‘ — heute 20 Uhr“ durch die Straßen Wiesbadens kutschieren.

Dabei tut die Reklame gar nicht nötig. Die halbe Stadt, einschließlich Stadtverwaltung, Ministerien und Kripo, haben sich diesen Tag schon mit Rotschrift auf dem Kalender vorgemerkt. Der Grund ist Punkt 2 der Tagesordnung: „Spielbank und Presse“. Redner: Anton Groos, 1947 als Öffentlicher Kläger der Wiesbadener Spruchkammer abgesetzt.

Als am 1. November die Roulettekugel im prunkvoll aufgebauten Foyer des hessischen Staatstheaters die dritte Nacht rollte, schoß Anton Groos vor 700 Beifallsklatschern im Forum zum ersten Male öffentlich scharf gegen Deutschlands Spielbank Nr. 5 und gegen das dazugehörige Rathaus.

„Falschspieler, Betrüger, Hochstapler und politischer Schwerverbrecher“ taufte er den technischen Leiter der neuen Spielbank, Carol Nachmann aus Rumänien. Den Konzessionsträger Julius Steinmann aus München reichte er unter „Devisenschieber“ ein. Oberbürgermeister Redhammer, klagte er an, habe die beiden begünstigt.

Von seinen massiven Anschuldigungen druckte die Presse nur knapp die Hälfte ab. Darum muß auch sie am 21. November vor dem Forum herhalten.

Wie und warum Groos in die Spielbank-affäre hineingekommen ist, weiß er selbst nicht. Von den Akten, die sich in seinem Zimmer, Oranienstraße 25, Hinterhaus, türmen, hat der einstige Student der Archäologie und Religionswissenschaften am 18. September erstmals ein paar Kostproben mit einem offenen Brief an Hessens SPD-Innenminister Zinnkann geschickt. „Der Spielbankskandal ist nur äußerer Anlaß“, schrieb Groos dazu. Er wolle nur an einem augenfälligen Beispiel zeigen, wie in Hessen registriert werde.

Dann: „Herr Minister, Sie wissen aus den Akten — hoffentlich nur aus diesen —, daß Nachmann hoch und mit Erfolg besticht.“ Zinnkann reichte Beleidigungsklage gegen Groos ein. Groos stieß zurück mit einer Anzeige gegen Zinnkann wegen „Begünstigung im Amt“.

Dann stieß Groos weiter. Am 6. Oktober brachte er neues Material, vor allem gegen Nachmann, ins Innenministerium. Am 27. Oktober, zwei Tage vor Eröffnung der Spielbank, schrieb er seinen zweiten offenen Brief: „Herr Minister, Sie müssen, bevor es wirklich zu spät ist, schweres Unheil von Stadt und Land abwehren.“

Am nächsten Tag verdonnerte Zinnkann, über den Oberbürgermeister, Nachmann und Steinmann, sich binnen dreier Monate gerichtlich gegen die Groos'schen Anschuldigungen zur Wehr zu setzen.

Als am 29. Oktober Oberbürgermeister Redhammer die goldene Kugel in das Roulette am Tisch Nr. 1 rollen ließ, fehlten Zinnkann und seine Mitregierer unter den 400 Gästen. Auch beim Festschmaus im „Nassauer Hof“ waren sie nicht dabei.

Statt dessen rieben sich im Innenministerium Zinnkanns Spielbankreferent, Reg.-Rat Feige, und der Rechtsabteilungsleiter Dr. Kleeberg die Hände. Sie hatten ihren Chef schon immer vor Nachmann gewarnt. „Jetzt tut dem Minister die Unterschrift selber leid. Er hat sich eben überreden lassen.“

Da war aber Heinrich Zinnkann selbst schon zu einiger Erkenntnis gelangt: „Ich bin ein Arbeitersohn und kenne die Spielbank nur aus Kriminalromanen. Ich weiß jedoch auch, daß Spielbankkonzessionäre nicht mit den Maßstäben bürgerlicher Moral gemessen werden können.“

Seit 1946 der einstige Legationsrat aus dem Auswärtigen Amt, Hans Hermann Redlhammer, vom Wirtschaftsdezernat auf den Wiesbadener Oberbürgermeistersessel stieg, geht in der hessischen Landeshauptstadt das Spielbankfieber um. Die bald auftauchende Konkurrenz Homburgs suchte Wiesbadens Stadtkämmerer Heini Roos auszutricksen. „Homburg erfüllt die gesetzlichen Bestimmungen nicht“, erklärte er.

OB Redlhammer steckte sich mit ähnlicher Absicht hinter Finanzminister Hilpert: „So bedeutet die von Wiesbaden angestrebte Spielbankkonzession auch die Anerkennung eines berechtigten Wieder-

tungen im Werte von einer Million DM jährlich.

„So etwas kann man nur in Verbindung mit einer Spielbank in Wiesbaden aufziehen“, erläuterte er. Er blieb trotzdem nur einer unter 35 Konzessionsanwärtern.

Größere Chancen hatten schon die Belgier Deneyer und Toussaint, die OB Redlhammer in sein Diplomatenherz geschlossen hatte. Sie sollten ihm, wie er „streng geheim“ in einem Brief an Finanzminister Hilpert schrieb, helfen, ausländische Touristen aus Frankreich nach Wiesbaden zu ziehen. Deneyer, Mitmanager einer Flugzeuggesellschaft, gaukelte dem OB den Traum einer Luftlinie Spa-Wiesbaden vor.

Als die beiden Belgier auftauchten, schlug Stadtkämmerer Roos dem Vor-Bewerber Gustavus vor, sich mit ihnen zusammenzutun. Gustavus fühlte vor. Nach zehn Minuten boten ihm die Belgier 100 000 DM für die Bestechung der Stadtverwal-

visengeschichten aus dem Dritten Reich längst vergessen waren. Dazu kamen noch der Ritter der Ehrenlegion Fourny, Adreßbuchverleger aus Frankreich, und der Rigaer Hotelierssohn Neuland.

Kaum war dieser Kreis zusammen, als der Oberbürgermeister seinen Baron wieder herausrücken mußte. Die Militärregierung, die Selasen-Selasinsky schon 1945 vorübergehend einsperrte, weil er vor Kriegsschluß zuviel Möbel aus Frankreich herübergeschafft hatte, duldete ihn nicht länger auf dem Rathaus. Aber seine Spielfreunde, die sich inzwischen etabliert hatten, setzten ihn in das Büro ihres Spielbankgeschäftsführers Neuland. Dort sitzt er noch heute.

Nachmann und Steinmann haben die ihnen von Innenminister Zinnkann verordnete Klage gegen Anton Groos bisher nicht eingereicht. Ein Autounfall ihres Anwalts, des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Canka, kam ihnen zu Hilfe. Bevor der Anwalt nicht wiederhergestellt sei, könne die Klage nicht erhoben werden, bedeutete OB Redlhammer dem Innenminister.

Nachmann ist das nur recht. „Ich will erst sehen, daß die Spielbank in Schwung kommt. Dann überlege ich mir, was ich mache“, gestand er einem Reporter.

„Das werden wir ja sehen“, trumpft Anton Groos in der Oranienstraße auf. Er hat keine Angst vor dieser Klage. Genau so wenig vor seinem Rechtsstreit mit Zinnkann selbst. „An der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Herrn Ministers habe ich weder jemals den leisesten Zweifel gehabt, noch in meinem offenen Brief geäußert.“ Darum müsse sich der Minister, meint Groos, noch mehr als er selbst auf den Prozeß freuen. „Dann kann er nämlich beweisen, daß er nicht bestochen worden ist.“

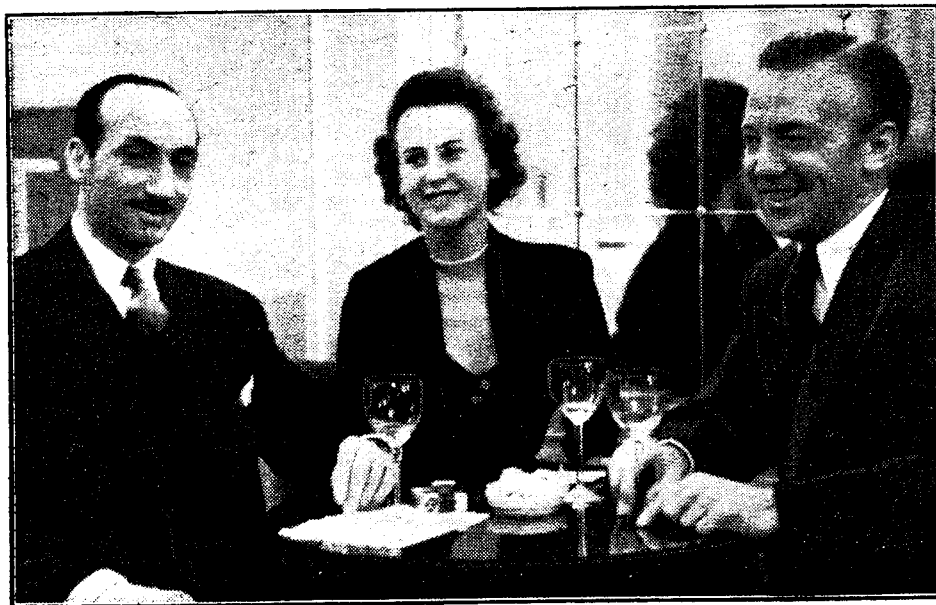
Groos braucht seinen Mut auch. Er hat noch einen dritten Rechtsstreit unterwegs. Wegen wissentlich falscher Anschuldigung und Verleumdung, angestrengt von OB Redlhammer, Stadtkämmerer Roos und dem SPD-Stadtverordnetenvorsteher Fuchs.

Der Name Fuchs steht nämlich in einer eidesstattlichen Erklärung, die eine ehemalige Freundin des Oberbürgermeistersohnes mit Namen Ottie Münch abgab und in der von einem neuen Pelzmantel und einem Porzellanservice aus Spielbankgeldern die Rede ist. „Ein Herr der Stadtverwaltung hat 18 500 DM für einen Grundstückskauf bekommen, und ein Prof. Fleischmann hat auch Geschenke an den Magistrat verteilt“, wußte Ottie Münch weiter zu beeden. Jetzt ist sie verschwunden.

Dieses Papier trug Groos zur Polizei. „Alles frei erfunden“, sagten die Beschuldigten und klagten. Groos klagte auch diesmal zurück, wegen falscher Anschuldigung.

Die Gerichte bekommen noch mehr zu tun. Forumsleiter, Rechtsanwalt Hintze II, will beim Regierungspräsidenten ein Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister anstrengen. Regierungsrat Feige, Zinnkanns Spielbankreferent, hat Strafanträge gegen Stadtkämmerer Roos und Nachmanns Rechtsanwalt Dr. Canka, gestellt. Nach dem Motto: „Ich bin nicht bestochen. Wir sollten nur einen Skandal verhindern, und jetzt marschieren wir mit Riesenschritten auf ihn los.“

Vor Heinrich Zinnkanns Tür stehen inzwischen die neuen Konzessionsbewerber Schlange: Im Rennen liegen die Gruppe Heitmann K. G., Bad Homburg, und die Gruppe Gustavus mit Georg von Opel. Im Hintergrund wartet die Gruppe Bankhaus Lenz, München, die auch in Neuenahr mitmacht. Alle Bewerber mit runden Millionen.



„Nicht nach Maßstäben der bürgerlichen Moral“: Nachmann (l.) und Ehepaar Steinmann

gutmachungsanspruchs.“ Er meinte damit den Brief des Reichsinnenministers vom 26. April 1935: „Der Führer und Reichskanzler hat entschieden, daß die Errichtung einer Spielbank in Wiesbaden nicht in Betracht kommt.“

Christian Stocks Hessen-Kabinetts entschied salomonisch. Im Oktober 1948 wurden die Spielbank für Wiesbaden und ein „Circle Privée“ für Homburg genehmigt.

Als nach weiteren Monaten in Homburg schon munter die Kugeln rollten, bereitete Wiesbaden noch immer vor. Der erste Konzessionsanwärter war Martin Gustavus. 1945/46 duldete ihn die Briten als Spielbankdirektor am Hamburger Mittelweg.

Stadtkämmerer Roos holte ihn vor mehr als einem Jahr nach Wiesbaden. Dort half er der Stadt bei den Spielbankangaben an die Regierung. Ueberdies will der einstige Lebensmittelgroßhändler von der Saar in schwarzen Reichsmarktagen dann und wann Frau Roos mit Seidenstrümpfen, Fett, Wurst, Apfelsinen, Zigaretten und Kognak ausgeholfen haben.

Gustavus machte der Stadt stattliche Angebote:

- Jährlich eine Million DM in Raten zu 100 000 DM als Geschenk für Verschönerungs-, Wohlfahrts- und Kurzwecke,
- Bau eines Sportpalastes für Eisrevuen, Sechstagerennen und Boxkämpfe,
- Sportliche und künstlerische Veranstal-

tung an. Er lehnte ab. „Wenn ich sie genommen hätte, hätte ich jetzt die Konzession“, glaubt Gustavus heute.

Mit den Belgiern wurde es nichts. Die Militärpolizei nahm sich ihrer an. Beide waren Brillantenschmuggler.

Dafür erschien beim Oberbürgermeister ein neuer Spielbankberater: Baron Eberhard von Selasen-Selasinsky, ein gewiegter Jeuer. Allerdings als Kurdirektor von Baden-Baden hatte sich der einstige Weltkriegs-Ordonnanzoffizier der Heeresgruppe „Kronprinz“ nur zwei Jahre halten können. Als ihn 1935 Staatsanwalt Nerz von der Oberstaatsanwaltschaft Karlsruhe wegen Betrugsverdachts und Beamtenbestechung verfolgen ließ, mußte er das Weite suchen.

Mit ihm verschwand sein Spielbankdirektor, der Rumäne Carol Nachmann, den der Spielbankreferent am Berliner Alex, Obersekretär Brachvogel, in der Falschspielerkartei entdeckt hatte. Wohlversehen mit einem falschen Grafentitel, ging der einstige Spielunternehmer aus Riga, Odessa und Kiew nach Frankreich. Dort wurde er bald der Falschgeldverbreitung beschuldigt und emigrierte nach Mexiko.

Seiner entsann sich Baron Eberhard. Auf dem Luftwege holte er ihn nach Wiesbaden. Er holte auch den Münchner Lederfabrikanten Julius Steinmann, dessen De-



Es gibt doch genügend Tabak - oder ...?

Gewiß gibt es genügend Tabak, gnädige Frau, der beste Beweis dafür sind ja die vollen Zigarettensläden ...

Also, warum passiert es mir dann zwischendurch immer wieder, daß gerade die Texas ausverkauft ist ...?

Verzeihen Sie - eben das wollte ich noch hinzufügen: Tabak - ganz allgemein gesprochen - ist in ausreichender Menge da. Für die Texas aber werden nur ausgesuchte vollreife Virginia's verwendet - süßwürzig und zugleich leicht - und gerade diese wertvollen Tabake

können leider nur in begrenzten Mengen importiert werden.

Und bei Verwendung anderer Sorten würde die Qualität leiden ...?

Ganz richtig - und da das auf keinen Fall eintreten darf, war die Beschränkung auf eine Produktion, die immerhin auch so in die hunderte von Millionen Stück monatlich geht, der einzige Weg. Daß er der richtige war, davon können Sie sich, gerade wenn die Texas mal ausverkauft sein sollte, am besten überzeugen. Der Vergleich ist hier noch immer die beste Empfehlung.

*Duft und Süsse
Virginia's*

BRINKMANN G.M.B.H. CIGARETTENFABRIK BREMEN



Roter Pullover

Rubel nahmen die Bremer nicht

Als Kapitän Lebedeff vom Sowjetfrachter „Alexandr Matrosow“ seine 17 050 Tonnen Zellulose für die Tschechoslowakei in Bremen gelöscht hatte, wollte er den „Blauen Peter“, die Auslaufflagge, hissen. Aber 2100 Dollar nichtbezahlter Hafengebühren hielten das Schiff in Bremen fest.

Bremens Häfen stehen immer noch unter US-Aufsicht. Landes-Commissioner Capt. Jeffs bestand darauf, daß „Schiffe aller Nationen“ ihre Hafengebühren in Dollar zu bezahlen haben. Entweder durch das Dollar Offset Account ihres Landes oder durch eine andere gängige Verrechnung.

Nach dieser Mitteilung zeigte Kapitän Lebedeffs Gesicht ungefähr die grellrote Farbe seines Rollkragenpullovers, eines roten Pullovers, der im internationalen Seeverkehr für Kapitäne zur Zeit noch etwas ungewöhnlich ist. Lebedeffs Flüche verstand glücklicherweise niemand von Bremens Hafenbeamten.

Dabei hatte Lebedeff das Anlegemanöver im Bremer Ueberseehafen mit den freundlichen Worten begleitet: „Njet. Ich nix Reparation holen. Ich was bringen.“ 1947 war Lebedeff zum erstenmal in Bremen. Damals noch um Reparationsgüter abzuholen. Auch Bremens Presse hatte 1949 dem Sowjetfrachter die gebührende Ankunfts aufmerksamkeits geschenkt.

Ueber Maklerfirma Carl Scholles Fernschreiber im Hansahaus drahtete Kapitän Lebedeff Hilferufe nach Leningrad zur „Sowtorgflot“ und zur ostzonalen Hauptseefahrt-Agentur in Berlin-Karlshorst. „Schickt mir Dollar, oder ich muß hierbleiben!“

Der Dollarruf blieb zunächst ungehört. Die von den Bremer Hafenbehörden geforderten Dollar für Lotsen- und Schleppgebühren, Raumgeld, Trinkwassertankung und Unratbeseitigung erhöhten sich mit jedem Tag. Makler Carl Scholle versuchte vergeblich, in Bremen jemand zu finden, der für die 2100 Dollar (etwa 9000 DM) gutschagte. Trotz Zellulosefracht und Presseaufmerksamkeit meldete sich niemand.

An Bord der „Alexandr Matrosow“ verzeigten unter dem Kapitän, Offiziere, Mannschaft und die beiden weiblichen Besatzungsmitglieder, die als Stewardess und Funkerin ihren Dienst versehen, ungeduldig einen Teil der für die Rückreise vorgesehenen Verpflegung. „Wir nix D-Mark.“

Lebedeffs urwüchsige Kapitänsstimmung langte auf dem Siedepunkt an. Mit Wodka und Kombüsen gerichtet hielt er sich sieben Tage lang in seiner mit Stalin-, Lenin- und Molotow-Bildern ausgeschmückten Kabine verborgen. Freundlich lächelnde und sich in einem Gemisch von Russisch-Englisch und Hanseatenplatt versuchende Fotoreporter wies Lebedeff mit einem kalten „Njet“ ab. Aufnahmen zu machen sei nicht erlaubt. Bremens Zeitungsredaktionen warteten vergeblich auf Bilder.

Nach sieben Tagen Bremen-Aufenthalt gab Karlshorst endlich für „Alexandr Matrosow“ über die American Express Company Dollar-Zahlungs-Garantie. „Das Geld erhält die Bank deutscher Länder zur Umrechnung. Der Gegenwert ist schon auf unser Konto gutgeschrieben worden“, lächelte zufrieden der Maklergeschäftsführer.

Und erläuterte: „Der Sowjetfrachter mußte sieben Tage in Bremen untätig liegen, weil die Sowjetunion wie auch Italien, Finnland und einige Südamerikastaaten über kein Dollarverrechnungskonto verfügen. Nach JEIA-Richtlinien müssen aber ausländische Schiffe, die einen deutschen Hafen anlaufen, über das Verrechnungskonto ihres Landes die Hafengebühren in Dollar bezahlen.“

„Bei dieser Sperre handelte es sich nicht um eine gegen einen Sowjetfrachter gerichtete Maßnahme, sondern um ein zwar selten angewandtes, aber in solchen Fällen übliches Verfahren“, verdolmetschen mit hanseatisch-traditioneller Vorsicht Bremens Hafenbehörden die US-Dollar-Forderung von „Geld oder hierbleiben“. Von Diskriminierung könne keine Rede sein.

Kapitän Lebedeff klingelte in den Maschinenraum „Volle Fahrt voraus“. Für die 1200 Seemeilen von Archangelsk bis Bremen brauchte seine „Alexandr Matrosow“ zehn Tage. Um aus Bremens Ueberseehafen wieder herauszukommen sieben Tage.



Auftrag nach einem Wirbel
Herbert Lewin, keine Diskriminierung

Wenn man alles zusammenzählt

Nicht gerade ermutigend

Hessens Innenministerium wußte eher als der Berufene selbst, daß die Offenbacher Frauenklinik endlich endgültig einen Chef hat. Sein Name: Dr. med. Herbert Lewin, Facharzt für Frauenkrankheiten, langjähriger Chefarzt der chirurgischen und gynäkologischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses in Köln.

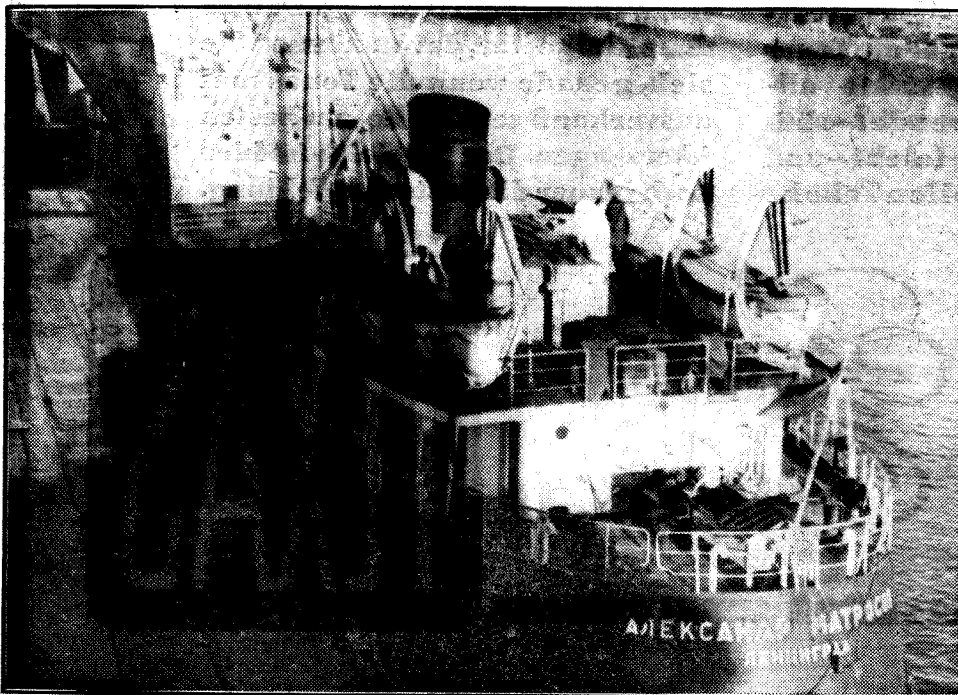
Dr. Lewin erreichte den Auftrag der Offenbacher durch eine Bewerbung, die er selbst schrieb, und nach einem Wirbel, den der Offenbacher Magistrat veranstaltete.

Herbert Lewins Bewerbung datiert vom Pfingstsonntag. Damals hatte er es sich in seiner Kölner Wohnung, Mauenheimerstraße 60, mit der Lektüre einer Fachzeitschrift für Gynäkologie gemütlich gemacht. Und stieß auf die Ausschreibung der Chefarztstelle für die Offenbacher Frauenklinik.

Er bewarb sich mit Plänen zur Einrichtung eines Laboratoriums, er schrieb von der Möglichkeit, der Klinik ausländische Stiftungen zuzuführen. In seinem 50jährigen Lebenslauf mußte er wahrheitsgemäß erwähnen, daß er die KZs von Litzmannstadt, Auschwitz, Oranienburg, Sachsenhausen, Schwarzheide und Warnsdorf leider von innen kenne.

Vierzehn Tage nach dem Wahltag konnte Dr. Lewin das Schicksal seiner Bewerbung unter Sensationsüberschrift auf Seite 1 der „Frankfurter Rundschau“ nachlesen.

Der Offenbacher Magistrat hatte Dr. Lewin in geheimer Abstimmung rechtskräftig zum Chefarzt der Frauenklinik gewählt. Auf die Stichwortfrage des SPD-Oberbürgermeisters Rebholz: „Soll es nun bei diesem Abstimmungsergebnis bleiben?“ setzte eine erregte Debatte ein. An antisemitischen Sprüchen gab es keinen Mangel. Man müsse mit den Ressentiments seiner (Lewins) Rasse rechnen, man könne die Frauen Offenbachs nicht einem Dr. Lewin anvertrauen.



Anfrage durch den Aether, Alexandr Matrosow, nix D-Mark